

Platz i abbeck



Nr. 7, Juli/August 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

■ Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Die SPD auf Bundesebene befindet sich wenige Wochen vor der Bundestagswahl in einem Stimmungstief. Wohl nicht zuletzt deshalb demonstriert die SPD auf Landesebene Härte. Vier langjährige Parteifunktionäre sollen aus der SPD ausgeschlossen werden. Der Glaubwürdigkeit dieser Maßnahme hätte es allerdings gut getan, wenn der SPD nicht im Vorfeld in massiver Form vorgeworfen worden wäre, die Beschuldigten mit hohen Geldstrafen unter Druck gesetzt zu haben. OB Schramma versucht die verloren gegangene Glaubwürdigkeit durch einen Ehrenrat und einen Ehrenkodex wiederherzustellen. Dabei handelt es sich um ein bloßes Feigenblatt. Der Ehrenrat hat keine eigenen Kompetenzen, und soll erst nach einem angeblichen Pflichtverstoß tätig werden. Stattdessen ist es dringend erforderlich, die vorhandene Verzahnung zwischen Wirtschaft und Politik präventiv zu entflechten und transparenter zu gestalten. Es ist vielmehr erforderlich, die Zahl der Aufsichtsratsmandate/Verwaltungsratsmandate zu begrenzen. Daher sind der PDS-Offenen Liste die Vorschläge in diesem Fall nicht ausreichend.

Diese Reaktion wird der eigentlichen Dimension dieses Skandal nicht gerecht. Bekanntlich hat die Korruption dazu geführt, dass die Niehler Müllverbrennungsanlage größer und damit teurer als nötig wurde. Der Haus- und Grundbesitzerverein hat gegen die überhöhten Gebühren Klage erhoben. Sollte die Klage Erfolg haben, müsste die Stadt Beiträge im dreistelligen Millionenbereich zurückzahlen.

Nun gehen wir in die Sommerpause. Wir werden uns im September wiedersehen. Bis dahin wünschen wir allen geruhsame Ferien und hoffen, dass wir gestärkt in die heiße Phase der Bundestagswahl einsteigen können.

Viel Spaß beim Lesen
Eure Sengül Senol

Ehrenrat soll wem die Ehre retten?

„Wenn Du nicht mehr weiter weißt, dann gründe einen Arbeitskreis“. Nach diesem lausigen Motto handelt offensichtlich OB Schramma. Der Oberbürgermeister möchte die Hauptsatzung um einen Paragraphen erweitern, nach dem ein Ehrenrat errichtet werden soll, der gegenüber dem Rat Empfehlungen abgeben soll, ob ein Ratsmitglied gegen seine Pflichten verstoßen hat. Die Einrichtung dieses Ehrenrates soll eine Reaktion auf den Korruptionsskandal sein. Allerdings dürfte es offensichtlich sein, dass ein solcher Ehrenrat nicht in der Lage sein wird, künftige Korruptionsfälle zu verhindern. Es muss vielmehr präventiv versucht werden, die gegenwärtigen Strukturen aus einer zu engen Verzahnung zwischen Wirtschaft und Politik aufzulockern und transparenter zu gestalten. Ein wesentliches Mittel ist die Begrenzung von Aufsichtsrats- bzw. Verwaltungsratspositionen für ein-

zelne Ratsmitglieder. Des weiteren müssen Mechanismen gefunden werden, Rechtsgeschäfte zwischen der Stadt und ihren Auftragnehmern einerseits sowie zwischen diesen Auftragnehmern und Ratsmitgliedern andererseits zu registrieren. Es bedarf daher immer einer Meldepflicht jedes Ratsmitgliedes, soweit er oder sie Rechtsgeschäfte mit Geschäftspartnern der Stadt führen.

Dem gegenüber soll der Ehrenrat lediglich repressiv angebliche Pflichtverstöße von Ratsmitgliedern beurteilen. Dann aber ist bereits „das Kind in den Brunnen gefallen.“

Bevor der Ehrenrat seine Arbeit zu einem bestimmten Fall aufnimmt, wird regelmäßig oder sogar notwendigerweise ein angeblicher Pflichtverstoß eines Ratsmitgliedes öffentlich diskutiert worden sein. Dann aber ist die Funktion eines Ehrenrates mehr als fraglich.

Sengül Senol

PDS ist für Beitritt zur Barcelona-Erklärung zu Gunsten Behinderter

Im März 1995 haben sich in Barcelona/ Spanien einige Städte dazu verpflichtet, die Rechte der Behinderten zu verbessern. In Deutschland haben bereits eine Reihe von Städten, z.B. Frankfurt, Bonn und Düsseldorf, die „Barcelona Erklärung“ unterzeichnet. Köln jedoch nicht.

Im wesentlichen geht es darum, allen Bewohnern, also auch unseren behinderten Einwohnern, gleiche Chancen, Wohlstand und Teilnahme am öffentlichen Leben zu gewährleisten. Im Anschluss an diese Erklärung werden vielfältige Maßnahmen vorgeschlagen. Diese reichen von Aufklärungskampagnen bezüglich eines wahrheitsgetreuen Bildes von Behinderten bis hin zur Förderung des Zugangs für Behinderte an Informationen, sowie zu kulturellen, sportlichen und freizeithlichen Tätigkeiten. Weiterhin werden eine behindertengerechte Anpassung der öffentlichen und privaten Gebäude sowie ein stärkeres Mitspracherecht der Behinderten in allen ihre Belange betreffenden Gremien gefordert. Eine weitere wichtige Forderung ist die stärkere Integrierung der Behinderten in die Arbeitswelt. Diesbezüglich ist in Köln noch

vieles im Argen. Trotz einer kürzlich beschlossenen Betriebsvereinbarung sieht der Gesamt-Schwerbehindertenvertreter der Stadt Köln, Herr Norbert Herbig noch erhebliche Defizite in der städtischen Behindertenpolitik. Er fordert, Rederecht in allen Gremien der Stadt Köln und eine Behinderten-Beauftragte unter dem OB mit ausreichenden Kompetenzen.

Die „Erklärung von Barcelona“ ist sicherlich nur ein erster Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit für Behinderte. Weitere Maßnahmen müssen dem unbedingt folgen. Allerdings ist die Erklärung von Barcelona ein Meilenstein, um die Öffentlichkeit für die Belange der Behinderten zu sensibilisieren. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Köln die „Erklärung von Barcelona“ noch nicht unterzeichnet hat. Deshalb hat die PDS-Offene Liste für die letzte Sitzung vor der Sommerpause am 16. Juli 2002 beantragt, dass die Stadt Köln der „Erklärung von Barcelona“ beitrifft. Weiterhin fordern wir die Bezeichnung der „Vermittlungsstelle für behindertengerechten Wohnraum“ bei der Stadt Köln.

Sengül Senol

Große UMTS-Antenne überflüssig machen

Seit der Rat der Stadt Köln vor gut einem Jahr zum ersten Mal über das Thema UMTS diskutierte, ist viel passiert. Richtungsweisend ist der Beschluss des OVG Münster, dass alle UMTS-Antennen genehmigt werden müssen. In einigen Fällen wurde im Kölner Stadtgebiet auf Initiativen von Bürgerinitiativen der illegale Aufbau von UMTS-Antennen gestoppt. Es gibt inzwischen ein Urteil des Oberlandesgerichtes Hamm, dass Wohnungseigentümer die Errichtung einer UMTS-Anlage auf ihrem Gebäude verhindern können.

Über die gesundheitlichen Auswirkungen von elektromagnetischen Wellen gibt es derzeit auch heftige Diskussion in der Kölner Südstadt und in Porz wegen der neuen ICE-Trasse. Bis heute verlangt der Gesetzgeber, dass die Kritiker die Gesundheitsgefährdung nachweisen müssen und nicht der Hersteller von solchen Geräten, dass ihre Anlage nicht gesundheitsschädigend ist. Nach Meinung der PDS ein Unding. Die Beweislast muss hier verändert werden. Ein Thema, an das sich weder Rot-

Grün noch Schwarz-Gelb herantraut.

Für Köln war der Beschluss des Gesundheitsausschusses und des Stadtvorstandes, keine UMTS-Anlage auf sensiblen städtischen Gebäuden, wie Kindergärten, Krankenhäusern etc., zu genehmigen, von großer Bedeutung. Kritiker warfen die Frage auf, ob es nicht genau so gefährlich ist, wenn auf einem nicht-städtischen Gebäude in unmittelbarer Nähe eines sensiblen Gebäudes eine UMTS-Anlage installiert ist.

Ein anderes Thema ist die Verschandelung der Kölner Innenstadt und insbesondere der historische Teil der Stadt mit Antennen-Anlagen. Da wird der Rat vermutlich auf seiner Sitzung eine Satzung beschließen, die den Aufbau von großen Antennen ausschließt.

Die PDS-Offene Liste geht noch einen Schritt weiter: Sie stellt im Rat einen Prüfantrag zur Einführung eines Mikrozellensystems, zumindest für die Innenstadt. Die Antennen haben nur eine Größe von 30 cm und einen Durchmesser von eineinhalb Zentimeter. Diese Mini-Antenne könnte an

Ampeln und Lichtmasten montiert werden. Damit könnte der Wildwuchs auf Dächern gebremst und langfristig ganz gestoppt werden. Die Stadt München wird dieses System zwischen Hauptbahnhof und Marienplatz einsetzen. In London wird dieses System ebenfalls eingesetzt.

Viag-Interkom setzt die Mikrozellen bereits für den Empfang im Inneren von großen Gebäuden ein.

Der enorme Vorteil dieses Systems ist die niedrige Strahlenbelastung. Die Mikrozellen unterschreiten deutlich die niedrigen Schweizer-Grenzwerte.

Mit unserem vorliegenden Prüfantrag an die Verwaltung geht es uns darum, Regelungen für einen vorsorgenden Gesundheitsschutz zu treffen. Und es geht uns darum, die Sorgen der Kölnerinnen und Kölner ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten zu nutzen, andere Wege zu prüfen.

Beim Mikrozellensystem könnte nach Angaben der Münchener Stadtverwaltung sogar eine Genehmigungspflicht entfallen.

Jörg Detjen

PDS-Offene Liste gegen Studiengebühren

In der letzten Ratssitzung fand eine aktuelle Stunde zum Thema Studiengebühren statt. Ratsmitglied Sengül Senol nahm für die PDS-Offene Liste Stellung. Sie machte deutlich, dass die PDS-Offene Liste gegen die Einführung der Studiengebühren ist. Studiengebühren bedeuten einen Abbau von Chancengleichheit. Der Hochschulzugang wird wieder zum Privileg der Begüterten. Bereits jetzt sind Arbeiterkinder an den Hochschulen/Gymnasien ganz erheblich unterrepräsentiert; auch dies ist ein Ergebnis der PISA-Studie. Mit der Einführung der Studiengebühren würde diese Tendenz deutlich verstärkt werden. Stattdessen müssen Mechanismen gefunden werden, um die Anzahl der Arbeiter- und Migrantenkinder auf den Gymnasien und Hochschulen zu erhöhen. Insbesondere wurde der Vorschlag des AStA der Universität Köln, der eine bessere Ausstattung der Universitätsbibliothek fordert, im Rat abgelehnt.

Kölner Messe wird verleast

Die Kölner PDS-Ratsgruppe lehnt US-Leasinggeschäfte generell ab. Das ist legale Steuerhinterziehung. Das ARD Morgenmagazin hat am 18. Juni einen Bericht über ein US-Leasinggeschäft mit der Solinger Müllverbrennungsanlage gebracht und darauf hingewiesen, dass die amerikanische Steuerbehörde viele US-Leasinggeschäfte für Scheingeschäfte hält. Originalton: „Ob die Steuertrickserei in den



400 bis 500 Personen demonstrierten am 29. Juni gegen das rechtsextreme „Signal-Pressfest“ von Manfred Rouhs. In der Kölner Innenstadt wurde das „Fest“ untersagt. So mussten die 80 Nazis sich am Rande eines Ackers in Köln-Widdersdorf versammeln, ohne Zelt und Stühle, nur 6 Toilettenhäuschen wurden ihnen zugestanden. Nur eine rechte Musikband erschien und weigerte sich aufzutreten. Rouhs musste daraufhin die Veranstaltung abbrechen.

Nachdem tags zuvor der Ort bekannt wurde, unterrichtete das Bündnis „Köln stellt sich quer“ die Bevölkerung von Widdersdorf. Die Evangelische Kirche, der Sportverein und ein Gesangsverein beteiligten sich am Protest. jöd, Fotos: Neumann/version

USA überhaupt legal ist, ist völlig offen.“ Die PDS Offene Liste ist gegen dieses Geschäft aber noch aus einem weiteren Grund: Das Messeleasing birgt – anders als das Verleasen der Abwasserrohre – ein großes Risiko: Sollte die Messe nicht ausgelastet sein, wird es Probleme bei der Miete geben. Der PDS-Ratsgruppe liegt die Information vor, dass im Jahre 1999

die Inter-Jeans, die heute einen anderen Namen trägt („Vibes for you“) und die Herrenmode-Woche zusammen einen Umsatz von 40 Mio. DM hatten. Davon fällt etwa die Hälfte auf die Herren Mode-Woche die 2 x im Jahr in Köln war und jetzt nach Düsseldorf gezogen ist. Dann hat die Messe jährlich einen Ausfall von ca. 10 Mio. Euro. jöd

■ Nippes

Baum ab? Nein Danke !

Auf diese kurze Formel könnte man die Hauptforderung gegen den Ausbau des Niehler Gürtels bringen. Aber leider ist die Welt nicht ganz so einfach. Der Ausbau des Gürtels bewegt die Gemüter im Kölner Norden seit mehreren Jahrzehnten. Aufgrund der komplexen Materie wird neben dem heutigen Artikel ein weiterer Beitrag zum Thema in der Septemberausgabe dieser Zeitung erscheinen. Die Ansichten über die Notwendigkeit des Ausbaus gehen sehr weit auseinander:

Die Befürworter des Ausbaus erhoffen sich einen besseren Verkehrsfluss und mehr Ruhe in der Bergstraße und in der Friedrich-Karl-Straße, die Ausbaugesner bangen um den Erholungswert am Nordpark.

Sieht man sich eine Kölner Straßenkarte an, fällt auf, dass die großen Autostraßen linksrheinisch im Süden vom Rhein weg durch die Stadt einen Bogen machen, um im Norden wieder auf den Rhein zu stoßen. Beispiel: Der Ubierring beginnt im Süden am Rhein, im Norden endet der Ring am Ebertplatz. Das Gleiche gilt für die innere Kanalstraße und die Äußere Kanalstraße, den Autobahnring etc.. Nur der Gürtel endet im Norden nicht am Rhein, sondern mitten in Nippes. In vielen Stadtplänen ist der Gürtel schon mal so eingezeichnet, wie ihn sich die kölschen Stadtväter vorstellen. Der Gürtelausbau wird von der SPD, der CDU, der FDP uneingeschränkt gefordert, die Grünen können sich einen einspurigen Gürtel

vorstellen. Nur die PDS Offene Liste spricht sich in den Kommunalparlamenten gegen den Ausbau des Gürtels aus. Sozialdemokraten, Liberale und CDU wünschen sich eine weitere Stadtautobahn, die als Zubringer für die Mülheimer Brücke fungieren soll. Zur Zeit ist der Gürtel bis zur Merheimer Straße zweispurig ausgebaut, danach geht es im Zick Zack Kurs durch Nippes, Mauenheim, Weidenpesch und Niehl, sehr zum Unmut der Anwohner der betroffenen Straßen. Für die Bewohner der betroffenen Straßen wäre der Ausbau des Gürtels eine Entlastung. Diese Entlastung würde aber den vom Gürtelausbau betroffenen Gebieten eine weitaus höhere Mehrbelastung bringen. Eines der wenigen Grüngebiete in Nippes, der Nordpark würde geopfert. Der neue Gürtel würde als Ausweichstrecke für die Innere Kanalstraße und die Autobahn genutzt, ist auf der A1 Stau, ist der Gürtel über die A 57 sehr schnell zu erreichen, der Wechsel der Rheinseite über die Mülheimer Brücke wird dann für viele Autofahrer eine Alternative zur Autobahnbrücke oder zur Zoobrücke sein.

Selbstverständlich haben sowohl die Befürworter des Gürtelausbaus als auch die Gegner Gutachten in Auftrag gegeben. Es wundert nicht, dass die Gutachten dem Interesse des jeweiligen Auftraggebers entsprechen. Entgegen der Behauptung der Stadtverwaltung bringt der Gürtel neben der Entlastung für das Viertel in erster Linie eine Entlastung für die innere

Kanalstraße (laut städtischen Gutachten 8.000 pro Tag). Dies kann nicht im Sinne der Einwohner des Kölner Nordens sein. Diese 8.000 Autos werden künftig zusätzlich zwischen Innere Kanalstraße und neuem Gürtel unterwegs sein. Leiden wird in erste Linie die heute schon völlig überlastete Neusser Straße. Die Qualität dieser heute schon lädierten Flaniermeile wird weiter sinken. Nicht nur die Belastung durch mehr Autoverkehr lässt die Ökobilanz des Gürtelausbaus schlecht aussehen. Es werden durch den vorgesehenen Ausbau Grünflächen zerstört, der Boden wird versiegelt. Angaben über das Ausmaß der zusätzlichen Versiegelung konnte die Stadtverwaltung am 10.7.02 ebenso wenig tätigen, wie sie Angaben über den Rückbau anderer Straßen im Zuge des Gürtelausbaus machen konnte.

Für die Anwohner der Gürteltrasse ist der Aspekt der Lärmbelastung ein wesentlicher Faktor. Schon heute ist die Geräuschentwicklung durch die Hochbahn sehr groß. Mensch und Umwelt müssen geschützt werden, ein Ausbau des Gürtels ist abzulehnen. Für die Anwohner der Bergstraße der Friedrich-Karl-Straße muss Entlastung hergestellt werden, ohne dass der Gürtel ausgebaut wird. Hiervon wollen SPD und CDU nichts wissen. So wurde beispielsweise im Frühjahr 2000 ein PDS Antrag in der BV 5 abgelehnt, welcher die Möglichkeiten einräumen sollte, den Anwohnern der genannten Straßen Entlastung zu schaffen ohne den Gürtel auszubauen. Geschwindigkeitsbegrenzung, LKW Fahrverbot (zumindest in der Nacht), Rückbau der Friedrich-Karl-Straße. Alle diese möglichen Maßnahmen wurden aus verkehrsideologischen Gründen bis zum heutigen Tag nicht geprüft. Der nächste Artikel zum Thema Gürtelausbau wird sich mit dem Thema Lärmschutz, Versiegelung und Ausgleichsmaßnahmen beschäftigen

*Michael Weisensein,
Mitglied der Bezirksvertretung Nippes*



Wieder Mensch sein und bleiben mit Heroin

Heroingestützte Behandlung als Modell in Köln

Seit kurzem werden im Rahmen eines mehrjährigen bundesweiten Modellprojektes auch in Köln – neben Bonn, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Karlsruhe und München – bis zu 50 schwer opiatabhängige Menschen mit Heroin „behandelt“, weitere 50 mit Methadon. Das Kölner Projekt, nach jahrelanger kontroverser Diskussion letztlich doch im Rat mehrheitlich beschlossen, ist Teil einer Studie, mit der die Zulassung von Heroin als Arzneimittel im Sinne einer medizinischen „Behandlung“ geprüft wird. Erst dann können – bei positivem Ausgang – die hier noch gebräuchlichen Anführungszeichen entfallen. Bis dahin bleibt die Verwendung von Heroin in der Heilbehandlung illegal und strafbewehrt.

In Köln leben etwa 8.000 bis 10.000 Opiatabhängige, in jedem Stadtbezirk also mehr als 1.000 Suchtkranke, in Deutschland 120.000. Im Mittelpunkt des Projektes steht die Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation von schwer abhängigen Menschen durch eine heroingestützte Behandlung bzw. Methadonsubstitution, die mit einem intensiven einzelfallbezogenen Case-Management verbunden ist. Parallel zu den 50 Studienteilnehmern mit Heroin werden – sozusagen als Kontrollgruppe – 50 weitere Teilnehmer ausschließlich nur mit Methadon behandelt. Die psychosoziale Betreuung durch Sozialarbeiter und medizinisches Personal mit patientenzentriertem Ansatz gewährleistet in Zusammenarbeit mit den Studienteilnehmern, dass sich die persönliche Lebenssituation deutlich und vor allem tatsächlich steigert. So bleiben messbare Erfolge, etwa im Rückgang der Kriminalität zur Drogenbeschaffung oder im Wohlbefinden dieser Menschen, nicht aus. Wichtig ist vor allem, die völlige Instabilität und Antriebslosigkeit der Betroffenen nach und nach abzubauen. Damit einher gehen die Bemühungen um eine Änderung der zumeist prekären Wohnungssituation (Gossenleben) und das Ringen um behutsame Schritte in den Arbeitsalltag.

Die klinische Studie will mehr über die Wirksamkeit der heroingestützten Behandlung im Vergleich zur Methadonsubstitution erfahren und prüfen, ob eine Einbindung dieser Behandlungsmethode in das regionale Versorgungssystem möglich ist. Zukünftige Patienten werden von dem durch diese Studie gewonnenen Wissen profitieren.

Heroin ruft neben der schier unabwehrbaren Sucht Kopfschmerzen, Schläfrigkeit, Stimmungsschwankungen, Depressionen, Übelkeit, Hustendämpfung – früher wurde Kindern Heroin als Hustensaft verabreicht! –, Blutdruckabfall, Verstopfung und Harnverhalt hervor. Eine Überdosis führt zu lebensgefährlichen



Komplikationen über Atemdepression (Atemstillstand) zum Tod. Den Studienteilnehmern wird täglich bis zu ein Gramm reines Heroin gegeben, das sie sich unter ärztlicher Aufsicht mit einem flüssigen Lösungsträger selbst injizieren. Die Wirkung setzt sekundenschnell mit einem Anflug von Glücksgefühl und Zufriedenheit ein. Da der Drogenrausch nur wenige Stunden anhält, muss bis zu dreimal am Tage gespritzt werden. Für die Nachtstunden wird im Einzelfall Methadon von Tag zu Tag mitgegeben.

Bevor die opiatabhängigen Menschen an der für sie kostenlosen Studie teilnehmen können, werden sie eingehend in den projekteigenen Praxisräumen untersucht. Hier fehlt es bis auf eine Bildschirmuntersuchung an nichts. Bei den täglichen Sitzungen können sie sich im Bedarfsfall erneut untersuchen und beraten lassen. Die Kliniken der Stadt Köln sind die Träger des örtlichen Modellprojektes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Case-Management

und Medizinischen Dienst sind hoch motiviert. Sabine Becker managt das Projekt zusammen mit dem Leitenden Prüfarzt Dr. Dr. Alexander Lechleuthner – der im Hauptjob den Rettungsdienst der Stadt Köln als Notfallarzt leitet –. Gefragt nach seinen Beweggründen, meint der Arzt: „Ich finde die Entwürdigung des Menschen durch die Droge schlimm. Es ist furchtbar, dass die Gesellschaft diese Menschen wie ein Stück Dreck behandelt.“ Ihm zur Seite steht der Arzt für Suchtmedizin Frank Bernhardt, der seinem Kollegen beipflichtet.

Den drogenabhängigen Prostituierten am Straßenstrich in der Geestemünder Straße steht das Modellprojekt ebenso kostenlos und unbürokratisch offen wie allen übrigen in Köln wohnenden Suchtkranken.

Sofern sie an der Studie teilnehmen wollen, können sie sich in der Lungengasse 13/17 (hinter dem Gesundheitsamt) persönlich oder telefonisch unter 221-25315 vorab beraten lassen; Studienplätze sind noch frei. *breu, Fotos: breu*